



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzing, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Ludwig Spaenle, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und **Fraktion (CSU)**

Entschlossenheit und Verbundenheit im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich entschieden gegen jegliche Form von Rassismus, Extremismus und Antisemitismus aus. Rassistische, extremistische und antisemitische Gewalt haben keinen Platz in unserer pluralen Gesellschaft.
2. Die Solidarität des Landtags gilt den Opfern von rassistischer, extremistischer und antisemitischer Gewalt und deren Angehörigen. Jedes Opfer ist eines zu viel!
3. Der Landtag begrüßt deshalb die seitens der Staatsregierung im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus ergriffenen präventiven und repressiven Maßnahmen und fordert die Staatsregierung gleichzeitig auf, diese konsequent fortzuführen und weiterzuentwickeln. Einen besonderen Dank spricht der Landtag dabei allen beteiligten Akteuren für ihr Engagement und ihren Einsatz aus.
4. Auch der Landtag als Mitglied des Bayerischen Bündnisses für Toleranz wird seine Bemühungen im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus intensivieren, durch geeignete Maßnahmen für die Thematik sensibilisieren und die nötige Aufklärungsarbeit leisten.

Begründung:

Der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd in den USA hat weltweit Entsetzen ausgelöst und die Anteilnahme ist groß. Überall auf der Welt gehen seither die Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus demonstrieren. Auch in Bayern haben sich die Menschen am vergangenen Wochenende versammelt, um ein Zeichen gegen Rassismus und für Solidarität mit den Opfern und deren Angehörigen zu setzen. Auch der Landtag spricht sich entschieden gegen jegliche Form von Rassismus, Extremismus und Antisemitismus aus und zeigt sich solidarisch mit den Opfern rassistischer,

extremistischer und antisemitischer Gewalt und deren Angehörigen. Jedes Opfer ist eines zu viel! Die aktuellen Geschehnisse zeigen, dass es äußerst wichtig ist, dass die Staatsregierung die von ihr im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus ergriffenen präventiven und repressiven Maßnahmen konsequent fortführt und an aktuelle Entwicklungen anpasst. Ein besonderer Dank gilt dabei allen beteiligten Akteuren für ihren Einsatz und ihr Engagement. Umso unverständlicher und unangebrachter ist deshalb die seitens der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken jüngst geäußerte Kritik an der Polizei. Der Landtag distanziert sich von solchen Äußerungen, die eine gesamte Berufsgruppe unter Generalverdacht stellt, und lehnt jegliche Vorverurteilung ab.

Als Mitglied des Bayerischen Bündnisses für Toleranz wird der Landtag seine Bemühungen im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Antisemitismus intensivieren, durch geeignete Maßnahmen weiter sensibilisieren und auf diese Weise seinen Beitrag zur Aufklärung leisten.